

A n t r a g

der Fraktion der SPD

Regierungserklärung zur Kabinettsumbildung

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, nach der weit reichenden Kabinettsumbildung unverzüglich eine Regierungserklärung abzugeben.

Es soll dargestellt werden, welche Ziele die Landesregierung in der verbleibenden Legislaturperiode verfolgen will angesichts der getroffenen und teilweise in der Öffentlichkeit umstrittenen Personalentscheidungen. Letztlich muss erklärt werden, wie eine ordnungsgemäße Kontrolle der Landesregierung durch den Landesrechnungshof nach einem Wechsel des Präsidenten des Thüringer Rechnungshofs in die Landesregierung sichergestellt werden kann.

Begründung:

Am 24. April 2008 gab der Ministerpräsident eine weit reichende Kabinettsumbildung bekannt. Seine Entscheidung gab der Ministerpräsident unvermittelt bekannt. Noch wenige Tage zuvor - zum Beispiel am 8. April 2008 im Thüringen Journal des Mitteldeutschen Rundfunks (MDR) - bestritt Ministerpräsident Althaus ausdrücklich die Notwendigkeit einer solchen Kabinettsreform.

Die Kabinettsumbildung soll nach den Worten des Ministerpräsidenten verloren gegangenes Vertrauen zurückgewinnen. Offensichtlich ist darüber hinaus, dass der Streit zwischen Landesregierung und der Fraktion der CDU über die Umsetzung der geplanten Polizeireform samt Rücktritt des Innenministers einer der Auslöser war.

Die vom Ministerpräsident beschriebene Vertrauenskrise der Landesregierung und der weitere Umgang der Landesregierung mit wichtigen Vorhaben - wie der Polizeireform - erfordern eine genaue Erklärung des Ministerpräsidenten.

Gleichzeitig ist es erforderlich, dass der Ministerpräsident Stellung zur breiten öffentlichen Kritik an einzelnen seiner Personalvorschläge bezieht. Zweifel am demokratischen Bekenntnis von Ministern unseres jungen Landes dürfen nicht bestehen bleiben.

Die Ernennung des Präsidenten des Thüringer Rechnungshofs zum Thüringer Innenminister hat ebenfalls fundierte Kritik verursacht. Deshalb ist es ebenso notwendig, dass der Ministerpräsident erklärt, wie eine ordnungsgemäße Kontrolle der Landesregierung durch den Landesrechnungshof weiterhin möglich ist.

Für die Fraktion:

Matschie